

Mittwoch (Nachmittag), 15. September 2021 / Mercredi après-midi, 15 septembre 2021

Sicherheitsdirektion / Direction de la sécurité

70 2021.RRGR.53 Motion 028-2021 Hegg (Lyss, FDP)
Kriminalität rund um das Bundesasylzentrum in Lyss/Kappelen – effektive und nachhaltige Lösung gefordert!

70 2021.RRGR.53 Motion 028-2021 Hegg (Lyss, PLR)
Répondre de manière efficace et durable à la criminalité autour du centre fédéral pour requérant·e·s d'asile de Lyss/Kappelen !

Vizepräsident. *(Der Vizepräsident läutet die Glocke. / Le vice-président agite sa cloche.)* Werte Kolleginnen und Kollegen, werter Regierungsrat, wir fahren mit den Nachmittagsgeschäften weiter. Es gibt ein altes Sprichwort: «Ist die Katze aus dem Haus, tanzt die Maus» – der Chef ist nicht da. Das Ziel wäre, dass wir etwas vorwärtskommen. Sie haben es sicher bemerkt: Wir sind ein bisschen ... auf Französisch würde man sagen «en retard», ein bisschen im Verzug, und wir müssen ein bisschen vorwärtsmachen, wenn wir nicht zu viele Geschäfte verschieben wollen. Wir haben beschlossen, dass wir jetzt mit den Traktanden 70 und 71 weiterfahren. Das Traktandum 72 von Anne-Caroline Graber wird in den Dezember verschoben. Und nachher gehen wir in die nächste Direktion, für Inneres und Justiz, und fahren dort mit der Verfassung weiter. Morgen Nachmittag, 13.30 Uhr, ist die Finanzmotion fix traktandiert, Traktandum Nr. 63 noch aus der GSoK. Danach behandeln wir nur noch die dringlichen Vorstösse zuerst, und dann fahren wir mit den anderen Geschäften weiter, so weit wie wir mögen. Im Moment ist die Geschwindigkeit, die wir haben, relativ schwer abzuschätzen. Vorher ging es recht rassig und gestern Nachmittag und heute Morgen relativ langsam.

Wir fahren mit Traktandum 70 weiter: «Kriminalität rund um das Bundesasylzentrum in Lyss/Kappelen – effektive und nachhaltige Lösung gefordert!». Es ist eine Motion von Grossrat Hess. Die Regierung empfiehlt Annahme und gleichzeitige Abschreibung. Die Abschreibung ist bestritten. Wir haben freie Debatte.

Andreas Hegg, Lyss (FDP), Motionär. Gut, man kann mir auch Hegg sagen ... Hess habe ich nicht so gern. Aber es ist gut. Also: Sehr geehrter Herr Vizegrossratspräsident, sehr geehrter Herr Regierungsrat, vielen Dank für die Antwort des Regierungsrates, dass er diese Motion als erheblich erklären will. Ich bestreite aber die Abschreibung dieser Motion. Ich sage auch, warum: Als man beschlossen hat, in Lyss ein Bundesasylzentrum an der Grenzstrasse zu errichten, hat man uns klare Verbesserungen versprochen. Warum sage ich das? Wir hatten vorher 18 Jahre lang ein Durchgangszentrum und hatten halt manchmal verschiedene Probleme. Man hat uns versprochen, das Bundesasylzentrum sei ein Wartezentrum für Leute, die noch in der Abklärung seien. Man hat uns auch versprochen, es gebe Eingangskontrollen, und diese Leute seien dann am Abend so von acht bis am Morgen um neun drin. Die Realität heute sieht einfach anders aus. Heute haben wir zahlreiche abgewiesene Asylbewerber in diesem Bundesasylzentrum, die dort bis zu 140 Tagen bleiben können. Und ich kann Ihnen einfach sagen: Dort hat es einfach schwierige Kundschaft darunter. Ein Teil davon ist im ganzen Kanton Bern deliktisch tätig. Diese Leute sind sehr mobil, und sie reisen überall herum und begehen ihre Delikte. Die Polizei ist im Zweitagesrhythmus im Bundesasylzentrum, und es wird immer wieder Deliktgut gefunden, manchmal grösseres, manchmal kleineres, und manchmal so grosses, dass man sich fragt, wie das überhaupt dort hineinkommt. Ein Teil dieser Bewohnenden geht über Zäune hinweg, entzieht sich der Kontrolle und macht eigentlich, was sie wollen.

Ich habe vor 14 Tagen einen Brief bekommen von Leuten, die dort in der Nähe wohnen, wir haben dort Stigli-Spinsmatt, ein Quartier mit 450 Wohnungen. Diese Leute haben mir Folgendes geschrieben: Sie gehen zu jeder Tages- und Nachtzeit über unsere Sitzplätze, über unsere Wege. Sie kommen am Morgen um eins oder mit dem ersten Zug heim. Sie sind oft betrunken oder unter Drogen. Sie klettern über Gartenhecken. Sie gehen über den privaten Rasen. Sie spucken überall hin. Sie urinieren an Sträucher und Kellertüren. Sie hören laut Musik, auch mitten in der Nacht. Sie durchsuchen Briefkästen und Päckli bei den Eingangstüren. Sie pöbeln die Leute an auf den Terrassen. Sie schlagen Autoscheiben ein. Sie versuchen immer wieder, Einstellhallentore aufzubrechen, und versuchen auch, in Wohnungen zu gelangen. Velos werden gestohlen – man findet sie nachher im Bundesasylzentrum. Und ein Jugendlicher ist sogar mit einem Messer bedroht worden, weil sie ihm das Natel und das Geld wegnehmen wollten. Sie schreiben mir, dieses Verhalten sei nicht mehr tragbar, sie installieren jetzt Kameras – das haben wir heute Morgen diskutiert – auf ihren Sitzplätzen, und sie fühlten sich in den eigenen vier Wänden nicht mehr sicher.

Werte Damen und Herren, ich will nicht jammern. Aber ich muss einfach sagen: So ein Zentrum ist halt schon eine Last, und es gibt einfach Probleme. Aber Lyss ist auch bereit, diese Last zu tragen. Das machen wir. Aber es gibt einfach Grenzen, und es gibt gewisse Gäste, die missbrauchen einfach unser Gastrecht. Wir haben im Moment 114 Personen vor Ort in diesem Bundesasylzentrum. Vor 14 Tagen waren es noch 70. Und ich frage mich: Was ist denn, wenn es voll belegt ist, 270 Personen, und wir haben so schwierige Kundschaft wie die Männer aus dem Maghreb? Mein oberstes Ziel als Gemeindepräsident von Lyss ist es, dass die Akzeptanz bei der Bevölkerung bei uns möglichst hoch bleibt.

Jetzt probieren natürlich die Polizei und die Leitung dieses Asylzentrums, Massnahmen zu ergreifen, um diese Situation zu verbessern. Und ich muss Ihnen sagen: Die machen das gut, wirklich super, sind viel vor Ort. Sie sagen den Leuten: Ja, wissen Sie, Sie müssen halt Ihr Zeug gut einschliessen, Sie müssen immer alles abschliessen, und Sie müssen halt Ihre Handtasche oder Ihren Rucksack nicht im Auto liegen lassen. So nebenbei: Ich frage mich schon, wer hier das Problem ist: Der oder die, der die Handtasche oder den Rucksack im Auto liegen lässt oder das Velo vielleicht mal nur so halb abschliesst, oder der oder die, der das Velo nachher ... oder die Autoscheibe einschlägt und den Rucksack herausnimmt? Da frage ich mich. Und es ist halt ein Fakt – und deshalb will ich nicht abschreiben –, es ist ein Fakt, dass wir immer neue Kundschaft nach Lyss bekommen. Und die Polizei fängt mit ihrer Arbeit immer wieder bei null an. Es kommen immer wieder neue Leute. Es sind nicht alle so, aber es hat einfach einen Teil, vor allem die aus dem Maghreb – und es sind immer Männer, die einfach Probleme machen. Und genau aus diesem Grund will ich diese Motion nicht abschreiben: Weil es weiterhin ein Dauerthema ist und zu angepasstem Handeln zwingt. Ich bitte Sie, diese Motion anzunehmen, nicht abzuschreiben, damit sich das Staatssekretariat für Migration (SEM), die Kapo, die Organisation for Refugee Services (ORS) und die Gemeinde weiterhin für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger von Lyss einsetzen können und dass die Akzeptanz bei der Bevölkerung hoch bleibt.

Michael Ritter, Burgdorf (glp), Fraktionssprecher. Die Motion von Grossrat Hegg und seinen Mitmotionären haben wir länger diskutiert. Wir schliessen uns insgesamt der Haltung des Regierungsrates an. Ich stelle allerdings auch hier – das scheint ein Widerspruch zu sein zuerst – einen Antrag auf punktweise Abstimmung, und zwar darum, weil die Notwendigkeit der Abschreibung bei Punkt 1 und bei Punkt 2 nicht ganz gleich beurteilt wird. Bei Punkt 1 sind wir einstimmig für Abschreiben, bei Punkt 2 nicht einstimmig.

Grossrat Hegg hat in seinem Votum gesagt, was der Auslöser seines Vorstosses ist, und wir sagen hier klar, dass wir für seine Beweggründe, Motivation für diesen Vorstoss durchaus Verständnis haben. Wir sehen es absolut so, dass dort eine Problematik besteht. Die Sicherheitslage rund um dieses Bundesasylzentrum ist sicher nicht immer gut. Vielleicht fast grösser als die reale Gefahr dieser Delikte, die er aufgezählt hat – die sind alle allerdings ausserordentlich lästig, aber lästig ist nur eine Dimension – ... Vielleicht noch fast die grössere Gefahr sehen wir darin, dass solche Erscheinungen im Kriminalitätsbereich, begangen von abgewiesenen Asylbewerbern – ich brauche jetzt hier die männliche Form –, sehr viel Unfrieden in der Bevölkerung auslösen können, insbeson-

dere natürlich bei der Anwohnerschaft. Das ist nicht zu vernachlässigen. Das führt zu Missstimmung, zu schlechten Äusserungen gegenüber diesen Leuten. Meistens wird es natürlich verallgemeinert, das ist bekannt. Dem muss man Einhaltung gebieten. Das sehen wir auch so.

Ich habe schon gesagt, dass diese Forderungen ... oder ich sage es jetzt noch, dass diese Forderungen aus unserer Sicht gemässigt formuliert sind. Der Vorstoss schiesst nicht übers Ziel hinaus, was bei diesem Thema ja noch leicht zu machen wäre. Wir sehen es so: Zur Abschreibung äussere ich mich noch, weil ich da das mit dem Punktweisen beantragt habe. Bei Punkt 1 ist es so: Die Gespräche mit den Bundesbehörden, da ist alles aufgegleist, eingefädelt, siehe Antwort Regierungsrat. Man kann das abschreiben oder nicht. Wenn man es nicht macht, ist der Effekt aus unserer Sicht wirklich null, und da haben wir die Meinung, in solchen Fällen schreiben wir ab. Bei Punkt 2 ist es nicht ganz gleich, weil «geeignete Vorkehrungen» ist nicht so digital wie «Gespräche führen», dort kann man beide Meinungen vertreten. Mehrheitlich sind wir auch für Abschreiben. Aber es gibt auch andere Stimmen, und aus diesem Grund, weil wir das dort offen lassen, möchte ich das getrennt beschliessen können.

Insgesamt möchte ich es auch nicht verpassen zu sagen, dass aus unserer Sicht der Regierungsrat und seine Leute, insbesondere natürlich die Kantonspolizei, sehr viel Aufwand treiben, um diese Probleme in den Griff zu bekommen. Das ist sehr unangenehm. Letztlich ist doch – das können wir hier in diesem Saal wohl weder mit Reden noch mit Vorstössen ändern – im Grunde das Problem, dass die mutmassliche Täterschaft halt aus Leuten besteht, die nichts mehr zu verlieren haben. Das ist das Problem: Wenn Sie nichts mehr zu verlieren haben, zudem noch jung, männlich und gelangweilt sind, dann machen Sie einfach nur noch dummes Zeug. Das ist keine Entschuldigung, hinten und vorn nicht, aber das ist die soziale Erklärung. Das hilft den Anwohnern nicht, es nützt ihnen einen alten Hut, aber es ist einfach auch ein Hintergrund. Letztlich möchten wir aufgrund dieser Darlegungen den Vorstoss überweisen, und die Abschreibung habe ich differenziert begründet.

Christa Ammann, Bern (AL), Fraktionssprecherin. Ich habe bis zu einem gewissen Grad ein Déjà-vu. Für mich ist festzuhalten an diesem Vorstoss respektive das Bestreiten der Abschreibung ... vergleichbar mit der Zählung von Hanfstauden oder der Forderung nach Zählung von Hanfstauden. Es werden ein Mehraufwand und mehr Mittel gefordert, obwohl das Problem im geschilderten Ausmass oder in dem Ausmass, wie der Motionär es schildert, fehlt. Das Problem existiert nicht in dieser hochstilisierten Form, wie es der Motionär schildert. Es fehlen schlicht die Fakten dazu. Der Alarmismus ist fehl am Platz. Weil die Sicherheitslage, nüchtern betrachtet, im grünen Bereich ist. Und das bin nicht ich, die diese Beurteilung macht, das ist ein Zitat aus der Antwort des Regierungsrates, einfach um das auch noch einzuordnen, um nachher nicht zu sagen, das sei die politische Wertung von meiner Seite. Ich bin hier der Überzeugung, dass wir in diesem Fall nicht für das Kopfkino einzelner Menschen Politik machen sollten und so eine vulnerable Gruppe als mutmasslich kriminell stigmatisieren, sondern eben faktenbasiert. Bei den Einzelfällen, die der Motionär beschreibt, erwähnt er ja im Kern eine mögliche Ursache. Das Nothilferegime, die Perspektivlosigkeit: Das heisst, die geschilderten Fälle sind mit grösster Wahrscheinlichkeit systemisch angelegt, in einem System, das notabene die Partei des Motionärs – im Gegensatz zu mir – so gewünscht hat und so auch richtig findet. Wenn etwas geändert werden soll, müssten die Ursachen im Nothilferegime angegangen werden und nicht Symptombekämpfung gemacht werden. Es müsste eine Gesamtanalyse gemacht werden und nicht völlig verkürzt eine Zuschreibung von der sogenannten Schuld gemacht werden.

Was mich spannend dünkte in der Antwort des Regierungsrates, ist, dass er selber schriftlich festhält, dass eine tiefere Bewegung zu weniger Konflikten führt. Gespannt warte ich da jetzt auch ab, ob der Regierungsrat daraus auch Konsequenzen ableitet und zumindest zum Teil Kritik an diesen Zentren aufnimmt und die Platzzahl anpasst und dementsprechend auch die Platzverhältnisse verbessert. Wenn man jetzt den Wunsch verspüren sollte, um im Mindset der Kriminalitätsbekämpfung zu bleiben: Im Sinne einer Primärprävention wäre nämlich auch das eine Möglichkeit: Mehr Platz gibt weniger Konflikte, eine Tagesstruktur gibt weniger Konflikte usw. Das erwähnt ja der Regierungsrat weiterhin selber auch, die generell problematischen Rahmenbedingungen in der Nothilfe. Das absolute Existenzminimum mit dem Ziel, einfach nicht in die Bettelexistenz abzurutschen, keine

Tagesstruktur, null Angebot – und wenn das so ist, dann ist man eben vielleicht auch noch in der Nacht wach. Gehen wir doch gescheiter die im System angelegten Probleme an, statt dem Motionär Unterstützung darin zu bieten, irgendwelche weiteren Vorurteile im grossen Stil zu bedienen, weil Massnahmen zu den Problemen, die tatsächlich da sind, sind ja tatsächlich ergriffen worden; das sieht man in der Antwort des Regierungsrates. AL und Grüne lehnen den Vorstoss ab. Sollte er angenommen werden, werden wir die Abschreibung unterstützen.

Mirjam Veglio, Zollikofen (SP), Fraktionssprecherin. Grossrätin Meret Schindler hat es heute Morgen in der Debatte schon gesagt: Sicherheit hat auch mit Gefühl zu tun, und ich habe ein wenig den Eindruck, die Motionäre lassen sich hier von etwas vielen Gefühlen leiten. Die Aussagen von Andreas Hegg können wir nicht überprüfen: Ist das wirklich so? Oder sind das Gefühle? Wir können das nicht einem Faktencheck unterziehen. Das ist noch so schwierig. Wir haben den Eindruck, dass mit diesem Vorstoss ein Thema hochgekocht wird, sodass die Temperatur eigentlich nicht mehr der Realität entspricht. Auf der anderen Seite haben wir die Antwort des Regierungsrates. Sie ist sehr ausführlich, sie ist auch sehr sachlich auf diese Fragen eingegangen und hat sie in diesem Sinne wirklich realitätsnah beantwortet. Der Regierungsrat kommt denn auch zum Schluss, dass man abschreiben solle – aber von Anfang an. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion wird diesen Vorstoss ablehnen, weil wir finden wirklich, dass man mit dieser Forderung übers Ziel hinausschiesst.

Man konnte lesen, was für Anstrengungen rund um dieses Bundesasylzentrum seitens Polizei unternommen wurden. Man konnte auch lesen, dass es mobile Leute sind. Es ist also noch schwierig auszumachen, woher diese Leute kommen. Kann man denn generell sagen, Bund und Kanton haben zu wenig gemacht? Wenn man die Antwort des Regierungsrates liest, kann man eigentlich davon ausgehen: Sie haben gehandelt, so wie es ihre Aufgabe ist. Zudem sitzt ja der Motionär an diesem Runden Tisch zum Bundesasylzentrum, der vom SEM geleitet wird. Dort kann man direkt diese Probleme angehen. Wir haben auch in Zollikofen über 20 Jahre eine Unterkunft für geflüchtete Menschen, und dort ... Meistens geht das ganz gut, aber wir haben auch Situationen, die problematisch sind, dann muss man halt hingehen und das Ganze vor Ort zu lösen versuchen, ohne einen repressiven Riesenapparat aufzuziehen. Ich traue das der Gemeinde Lyss durchaus zu.

Was ich ganz verdächtig finde von der Haltung her, ist, dass der Vorstoss auch präventiv quasi Vorkehrungen für die kantonalen Asyl- und Rückkehrzentren fordert – falls dort mal etwas passieren sollte. Damit wechseln die Motionäre von der Bundesebene zum Kanton, ohne dass da überhaupt irgendwie ein Grund dafür besteht. Die Kantonspolizei beurteilt die Sicherheitslage in den Asylrückkehrzentren als relativ ruhig. Also auch da haben wir eine Diskrepanz der Wahrnehmung. Was wollen denn die Motionäre überhaupt? Wollen sie eine Sonderinterventionseinheit, falls es dann überhaupt irgendeinmal mal zu kriminellen Handlungen kommt? Oder die Frage anders gestellt, an Regierungsrat Müller, das würde mich dann sehr interessieren: Wenn der Vorstoss nicht abgeschrieben würde, was würde dann die Direktion wirklich unternehmen? Was würde man für Massnahmen auf Stufe Bund einfordern, und was für Vorkehrungen, falls dann mal kriminelle Handlungen dieser kantonalen Asylrückkehrzentren eintreffen würden? Wie würde man damit umgehen? Hören Sie bitte gut hin, was denn da die Lösung wäre. Wir werden ganz sicher diese Motion ablehnen und nachher die Abschreibung unterstützen. Danke vielmals, dass Sie das auch machen.

Mathias Müller, Orvin (SVP), Fraktionssprecher. Die SVP-Fraktion nimmt diesen Vorstoss einstimmig an und lehnt auch die Abschreibung einstimmig ab. Meine Damen und Herren, es wurde gesagt, der Motionär übertreibe, er koche das Thema hoch. Wenn Sie wirklich mal mit den betroffenen Lysserinnen und Lyssern zu tun haben, dann wissen Sie, dass er eher untertrieben hat, meine Damen und Herren. Und wenn man hier plötzlich davon redet, ja, das ist ein Problem für die armen Leute in den Asylzentren ... Wer ist jetzt eigentlich für uns ... Sind Ihnen die betroffenen Leute, die dort wohnen, eigentlich egal? Also, wenn Sie hier dagegen sind, dann ist das ein Schlag ins Gesicht der betroffenen Lysserinnen und Lysser – es tut mir leid. Wir müssen unseren Leuten auch zeigen, dass wir etwas für sie machen. Und es ist nicht richtig, wenn diese Leute dort unter diesen Umständen leiden müssen. Und es ist auch nicht gut für das Image, und es kreiert noch mehr Extremismus,

wenn wir einfach nicht hinschauen und nichts machen. Also, meine Damen und Herren: Nehmen Sie diesen Vorstoss an, und bestreiten Sie auch die Abschreibung. Fertig.

Hanspeter Steiner, Boll (EVP), Fraktionssprecher. Lieber Mathias, auch wir wollen nicht wegsehen. Wir haben auch Verständnis für das Problem von kriminellen Asylanten. Wo wir wahrscheinlich Differenzen haben, ist in der Lösung des Problems. Die Motionäre sehen die Lösung in mehr Massnahmen. Aus Sicht der EVP liegt die Lösung hier aber bei der Frage: Warum werden Asylanten kriminell? Und da haben wir tatsächlich – der Regierungsrat hat es eigentlich auch gesagt in seiner Antwort – Handlungsbedarf. Den ganzen Tag perspektivenlos herumhängen, da könnte noch manch einer kriminell werden. Sinnvolle Beschäftigung ist eines der besten Mittel, um nicht kriminell zu werden. Der Regierungsrat legt in seiner Antwort oder in seiner Begründung dar, dass das Anliegen der Motionäre soweit aus seiner Sicht erfüllt ist. Nebst dem, was ich schon gesagt habe, was wir als Massnahmen sehen würden, teilt die EVP diese Meinung und ist einverstanden mit Annahme und gleichzeitiger Abschreibung.

Katharina Baumann-Berger, Münsingen (EDU), Fraktionssprecherin. Die Sicherheitslage ist im grünen Bereich – ja, wir haben es gehört –, wenn wir es über den ganzen Kanton anschauen. Die allermeisten von uns haben auch keine Begegnungspunkte mit den Themen, über die wir jetzt gerade reden. Darum ist es ja auch nicht so tragisch. Wenn wir aber dort hinschauen, wo Leute eben nah an solchen Zentren wohnen, da sind die Bevölkerung und ihre Nerven ziemlich strapaziert. Viele – und das kann man für unsere Berner Bürger «tels quels» sagen – haben ein grosses Herz, und ich habe ein grosses Verständnis für die schwierigen Situationen gerade für die betroffenen – in Anführungszeichen – «Täter» – Anführungszeichen geschlossen. Das sind alles Geschichten, das sind Schicksale, und es ist nicht einfach, in diesen Situationen zu leben. Aber für die Bevölkerung direkt an diesen Zentren ist es eben auch nicht einfach, und da passiert mehr, als uns allen lieb ist. Besonders haben wir gehört, sind in diesen Anlagen ja gar nicht alle Plätze besetzt. Platz wäre also im Moment vorhanden, und trotzdem gibt es eben diese Probleme. Wir wissen auch, dass sich die Weltlage sehr schnell verändern kann und diese Zentren plötzlich wieder randvoll sind, und dann werden sich diese Probleme nicht vereinfachen. Deshalb: Eine Forderung nach nachhaltigen Verbesserungen, Massnahmen, die dort helfen, Lösungen zu suchen, oder auch in den kantonalen Asylzentren, um schnelle Lösungen zu suchen, wenn es ändern würde, da haben wir Verständnis. Das heisst nicht, dass man restriktiv und hart durchgreifen muss. Das kann eben sehr wohl eine Lösung sein, die im positiven Sinn dazu beiträgt, dass sich diese Lage entspannt. Es braucht beides. Und darum sind wir dafür, dass wir genau diese beiden Punkte, die das alles – eine gewisse Strenge, aber auch Spielraum für Möglichkeiten offenlässt, um das Problem zu lösen – ... unterstützen wir von der EDU. Wir sind also für das Unterstützen der Motion in beiden Punkten und wollen die auch nicht abschreiben.

Vizepräsident. Nach dem nächsten Fraktionssprecher schliesse ich die Rednerliste.

Francesco Marco Rappa, Burgdorf (Die Mitte), Fraktionssprecher. Das meiste ist eigentlich gesagt worden, jedenfalls von der Seite, wie wir auch denken. Die Mitte-Fraktion wird diese Motion einstimmig überweisen. Die vom Regierungsrat beantragte Abschreibung werden wir aber ganz klar und ebenfalls einstimmig unterstützen. Die Zustände rund um das Bundesasylzentrum sind nach wie vor schlichtweg unzumutbar – unzumutbar und unwürdig, und wir sind es diesen in nächster Umgebung sich befindenden Bewohnerinnen und Bewohner einfach schuldig, sofort Einfluss zu nehmen. Die Mitte-Fraktion erwartet vom Regierungsrat Lösungen für diese Problematik.

Hans Schär, Schönried (FDP), Fraktionssprecher. Andreas Hegg hat eigentlich bereits alles gesagt: Die Polizei macht einen guten Job und schaut, dass sie diese Straftäter packen und sanktionieren und die nötigen Schritte einleiten kann. Das Problem, das natürlich besteht, ist der Wechsel: Kaum hat man diese Personen und Straftäter sanktioniert, kommen die Nächsten. Nach ein paar Wochen wird wieder gewechselt, und es kommen andere in das Zentrum. Darum ist es wichtig,

dass der Kanton auf Bundesebene dort so interveniert. Ich bitte Sie, wie die ganze Fraktion der FDP den Vorstoss anzunehmen und nicht abzuschreiben.

Mohamed Hamdaoui, Biel/Bienne (PDC), intervenant à titre personnel. Il y a une chose qui me gêne profondément dans ce débat : c'est qu'on essaie d'opposer deux manières d'aborder cette problématique qui est très compliquée des requérants d'asile déboutés. D'un côté, certains disent : « Il faut absolument améliorer leurs conditions d'existence et faire en sorte qu'ils aient davantage d'activités ». Je suis le premier à le penser. Moi, ça fait des mois que je m'occupe d'une personne requérante d'asile et qui a peu de chance de pouvoir rester en Suisse. Nous essayons de faire en sorte qu'il ait des activités pour qu'il ne soit pas dans un état où il gamberge. Je sais que c'est une personne qui ne sombrera jamais dans la délinquance mais peut-être dans le désespoir. Mais on ne peut pas opposer cette pratique à l'autre fait, ce qu'il y a, ce n'est pas simplement un sentiment d'insécurité. Je suis désolé, mais il y a un véritable problème d'insécurité qui existe, notamment dans ce cas précis à Lyss. Lorsque vous discutez avec des gens, il ne s'agit pas de faire des amalgames et de considérer que tous les requérants d'asile déboutés sont dans ce cas-là et que tous les requérants d'asile, en particulier qui viennent d'Afrique du Nord, sont dans ce cas-là. Mais on ne peut pas nier cette réalité. Si on nie cette réalité, on va faire en sorte que la population va se braquer contre cette minorité qui, pardon l'expression, mais qui véritablement fout la vie en l'air des gens. Donc, pour ces raisons, je suis mal à l'aise face à cette motion. Je la soutiendrai et je refuserai le classement du chiffre 2.

Barbara Mühlheim, Bern (glp), Einzelsprecherin. Es ist nicht das erste Mal, dass ich mit meinem Vorredner das Gefühl habe, ich sei ab und zu ein wenig im falschen Film, was hier in diesem Saal läuft. Es ist eine Realität: Wenn man praktisch betroffen ist und daran ist, Probleme lösen zu müssen, hat man manchmal eine etwas andere Optik, als wenn man hier in diesem Saal diskutieren darf ... und noch einmal diskutieren darf ... und noch einmal diskutieren darf. Ich bin selber ja nicht tangiert in dem Sinne, dass ich unmittelbar betroffen bin, aber wir haben ja ein Rotes Kreuz ... zwei Zentren, und von daher ist mir diese Gegend nicht ganz fremd und auch die Problematik dort.

Kolleginnen und Kollegen, es sind nicht nur bürgerliche Mitarbeiter des ORS oder bei uns im Roten Kreuz ..., es sind *Ihre Leute* (*Grossrätin Mühlheim weist zu den Plätzen der linken Ratshälfte. / La députée Mühlheim indique la gauche de la salle.*). Ich habe Supervision und Intervention mit *Ihren* Leuten, was wir machen, wenn wir zu viel Gewalt haben. Und entweder negieren wir es oder wir negieren es nicht. Wir können sagen: Wir haben nicht die optimale Gesetzgebung – haben wir wohl nicht. Aber wir hatten Situationen – sie sind jetzt besser geworden –, in denen wegen der Covid-Problematik und wegen einer ganz kleinen Minorität, wie wir vorhin gesagt haben, nämlich aus dem Maghreb, die nichts mehr zu verlieren haben, ein wenig der Teufel los war.

Kolleginnen und Kollegen – Sie können ja Ihre Staatsanwälte fragen, die arbeiten, warum sie statt einem Einschleichen pro Woche aufs Mal neun hatten in dieser Gegend. Das hat nichts mehr zu tun mit Zukunfts- und Wahrscheinlichkeitsrechnungen. Das hängt damit zusammen, weil eine kleine Gruppe gemerkt hat, wie man schnell zu Geld kommt, relativ schnell mit Handys ... gewusst hat, dass es noch viel praktischer ist, man ist aufs Mal nicht mehr 18, wenn einem die Polizei erwischt, sondern 16. Auf's Mal sind alle 16 geworden, weil dann ist man noch unter Jugendstrafrecht. Ich war froh, dass wir ganz super Staatsanwälte und -anwältinnen hatten, die kurzfristig intervenierten und aufs Mal wieder z. B. die Handgelenke haben überprüfen lassen, ob sie denn wirklich 16 seien oder nicht. Und subito wurden aufs Mal alle wieder 18. Ich möchte damit nur sagen: Schauen wir die Realitäten an. Seien wir bereit, die Polizei dort zu stützen, wo sie gestützt werden muss.

Und damit kommt aber auch ein wenig meine Kritik an der Polizei: Ich hatte relativ viel mit der Situation zu tun und habe die Polizei ein paar Mal gefragt: Warum gehen Sie nicht hinaus? Warum sagen Sie nicht, was Sie machen und geben damit den Leuten auch eine Sicherheit, die rundherum sind? Weil die Frage vom Runden Tisch, das Modell der Stadt Bern, das sich vor vier Jahren bestens bewährt hat; die Frage, dass man zusammensitzt und je nachdem aus einem Bundeszentrum jene Leute herausnimmt, die immer wieder straffällig werden, und unter den x Anträgen jene herausnimmt und sie vorher beurteilt, das sind wesentliche und wichtige Interventionen. Und die kann man

an einem Runden Tisch machen, und ich wäre froh gewesen, wenn die Polizei in einer offensiven Strategie die Kommunikation, die sie uns hier jetzt gegeben hat bei dieser Motion, viel früher der Bevölkerung gegeben hätte. In diesem Sinne, das ist für mich die einzig ... warum ich hier nach vorne komme, dass die Polizei in Zukunft offensiver über ihre Strategien spricht, hochdifferenziert wie sie ist, und damit auch Sicherheit in der Bevölkerung gibt.

Vizepräsident. Der Motionär hat noch einmal das Wort.

Andreas Hegg, Lyss (FDP), Motionär. Vielen Dank für diese Diskussion. Ich weiss nicht, in was für einer Welt einige von Ihnen leben. Und hier zu sagen ... mit Hanfstauden vergleichen, es fehlen die Fakten, das Problem existiere nicht, es sei Symptombekämpfung, ich hätte Vorurteile, ich liesse mich von Gefühlen leiten – jawohl, lasse ich! –, es sei jenseits der Realität und man solle doch mit dem SEM reden. Werte Damen und Herren, haben Sie das Gefühl, ich erzähle hier irgendeinen Quatsch, den ich mir aus den Fingern sauge? Ich bin dauernd in Kontakt mit der Kantonspolizei, mit dem SEM auch. Es ist einfach ein Fakt, dass Leute aus dem Maghreb uns Probleme machen, und ich frage mich, wo Sie wohnen. Wohnen Sie so schön, dass Sie mit denen nie etwas zu tun haben? Dann seien Sie froh! Ich muss Ihnen einfach sagen: Eine solche Äusserung ist für mich ... Wo ist die Wertschätzung gegenüber unserer Gemeinde, unseren Leuten, dass wir das seit Jahren machen? Und wenn Mirjam Veglio sagt, wir hatten auch eines, so ein Zentrum ... Ja, wir hatten 18 Jahre eines, wir hatten mal 500 Leute in Zelten draussen, wir sind wirklich erprobt, und wir wollen sie behalten und wir wollen hinstehen. Wir wollen diese Probleme lösen. Aber dann helfen Sie uns doch und sagen Sie nicht, es sei aus den Fingern gesogen und irgendwie ... jeglicher Realität. Und ich frage mich auch, wo der Respekt gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohnern ist, die bei uns Steuern zahlen, die hier arbeiten und jeden Tag ihre Sache machen ... und Kinder, die dort sind. Sie müssen auch zu diesen Menschen schauen.

Philippe Müller, SID-Direktor. Die Sicherheit in und um Asyl- und Rückkehrzentren ist dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen, und er nimmt es auch sehr ernst, und was der Motionär beschrieben hat, stimmt. Es sind nicht irgendwelche Erfindungen. Es gibt da z. T. sehr hässliche Vorkommnisse. Man könnte dort medial auch noch mehr berichten, aber das ist vielleicht nicht immer so interessant wie anderes.

Die Kantonspolizei analysiert die Sicherheitslage laufend. Bei Bedarf werden Massnahmen ergriffen. Im November und Dezember 2020 ist die Anzahl Polizeieinsätze im Zusammenhang mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Bundesasylzentrums Kappelen/Lyss angestiegen. Eine kleinere Anzahl Personen hat verschiedene Arten von Diebstählen und anderen Delikten verübt. Anfang 2021 hat sich dann die Situation wieder ein wenig beruhigt. Die Kantonspolizei führt seit diesen Vorfällen verstärkt Schwerpunktkontrollen durch. Sie steht zudem im engen Kontakt mit dem SEM. Dadurch können sicherheitsrelevante Entwicklungen schneller erkannt und entsprechende Massnahmen ergriffen werden. Der Bund hat Mitte Februar 2021 das besondere Zentrum in Les Verrières wieder eröffnet, bekannt unter dem Namen «Renitentenzentrum». Renitente Personen aus dem Bundesasylzentrum Kappelen/Lyss und Bern können seit dann dorthin versetzt werden. Solche aus den kantonalen Zentren aber nicht, weil der Bund das mit der Gemeinde Les Verrières so ausgehandelt hat. Schon seit längerer Zeit führt das SEM im Zusammenhang mit dem Bundesasylzentrum Kappelen/Lyss einen Runden Tisch. Die beiden Standortgemeinden, die Kantonspolizei und der Kantonale Migrationsdienst können so die Sicherheitsprobleme direkt aktiv an der Lösungsfindung mitwirken. Der Bund hat zudem das Projekt «Massnahmen für den Umgang mit renitenten Asylsuchenden» (MARA) lanciert. Neue Konfliktlösungsansätze wurden entwickelt. Neu schlichten z. B. Gewaltpräventionsbeauftragte Konflikte in den Bundesasylzentren. Rechtskräftig abgewiesene Asylsuchende sollen die Schweiz verlassen und in ihre Herkunftsstaaten zurückreisen. Zu diesem Zweck führt der Bund diplomatische Gespräche, unter anderem mit nordafrikanischen Staaten, durch. Der Regierungsrat begrüsst die Bestrebungen zur Verbesserung des Wegweisungsvollzugs. Es sei auch hier noch einmal erwähnt: Diese Leute können alle zurück. Sie *können* zurück – sie *gehen* nicht zurück.

Auch in den kantonalen Asyl- und Rückkehrzentren sind die Sicherheit- und Gewalt- und Konfliktprävention wichtige Themen. Die Bewohnerschaft hat sich an die jeweilige Hausordnung zu halten. Zuwiderhandlungen werden sanktioniert, z. B. durch mündliche oder schriftliche Verwarnungen, Hausverbot oder im äussersten Fall den Ausschluss aus der Nothilfe. Auch zu den kantonalen Zentren gibt es Runde Tische, das wurde erwähnt. Die Standortgemeinden und die Kantonspolizei nehmen daran teil. So können rasch Massnahmen ergriffen werden, die zur Verbesserung der Sicherheitslage beitragen können. Zusammenfassend haben die zuständigen Stellen bereits mehrere Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in und um die Bundesasylzentren und die kantonalen Asyl- bzw. Rückkehrzentren ergriffen. Die Kantonspolizei analysiert die Sicherheitslage im Zusammenhang mit diesen Zentren laufend. Wenn sich die Situation verschlechtert, können im Rahmen der bereits bestehenden Strukturen rasch zusätzliche Massnahmen ergriffen werden.

Der Regierungsrat empfiehlt darum dem Grossen Rat, die vorliegende Motion anzunehmen und abzuschreiben. Es wurde die Frage gestellt, was man denn macht, wenn sie nicht abgeschrieben wird. Es wird das Gleiche gemacht, wie wenn abgeschrieben wird. Man hat die verschiedenen Massnahmen, die ich z. T. erwähnt habe: Runde Tische, Polizeipräsenz, Unterstützung für Betroffene. Barbara Mühlheim hat das erwähnt ... problematische Fälle an anderen Orten zu platzieren. Was nicht passieren wird, ist, dass man den Leuten, die abgewiesen sind ... den Asylsuchenden, dass die die gleiche Behandlung bekommen wie die, bei denen das Asylgesuch gutgeheissen wurde. Die Integrationsmassnahmen sind für diese Personen, deren Asylgesuch gutgeheissen wurde, und nicht für die Abgewiesenen. Auch das steht im Gesetz, werte Grossrätinnen und Grossräte, auch wenn das nicht allen passt. Unser Neo-Grossrat Vinzenz Binggeli hat bei seinem Votum heute Morgen etwas Gutes gesagt: «Gesetze gelten für alle.» Und Barbara Mühlheim hat noch gesagt, wir sollen sagen, was wir Gutes machen. Wir sagen das. Vielleicht kann man es noch ein wenig mehr sagen, aber auch da sind wir natürlich darauf angewiesen, dass die positiven Messages entsprechend auch transportiert werden.

Vizepräsident. Wir kommen zur Abstimmung zur Motion «Kriminalität rund um das Bundesasylzentrum in Lyss/Kappelen – effektive und nachhaltige Lösung gefordert!» Es ist punktweise Abstimmung und Abschreibung verlangt.

Wir stimmen ab über Punkt 1 dieser Motion. Wer diesen Punkt 1 annehmen will, stimmt Ja, wer ihn ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.53: Ziff. 1 / ch. 1

Annahme / Adoption

Ja / Oui	104
Nein / Non	34
Enthalten / Abstentions	9

Vizepräsident. Sie haben Punkt 1 angenommen.

Dann stimmen wir über die Abschreibung dieses Punktes ab. Wer diesen Punkt abschreiben will, stimmt Ja, wer die Abschreibung ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.53: Ziff. 1, Abschreibung / ch. 1, classement

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	62
Nein / Non	84
Enthalten / Abstentions	0

Vizepräsident. Sie haben diesen Punkt nicht abgeschrieben.

Dann stimmen wir über Punkt 2 ab. Wer Punkt 2 dieser Motion annehmen will, stimmt Ja, wer Punkt 2 ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.53: Ziff. 2 / ch. 2

Annahme / Adoption

Ja / Oui	98
Nein / Non	41
Enthalten / Abstentions	4

Vizepräsident. Punkt 2 ist angenommen.

Wir stimmen noch ab über die Abschreibung von Punkt 2. Wer die Abschreibung annehmen will, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.53: Ziff. 2, Abschreibung / ch. 2, classement

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	52
Nein / Non	94
Enthalten / Abstentions	1

Vizepräsident. Sie haben hier die Abschreibung abgelehnt.